

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#), [Wolfgang Freisleben](#) | Veröffentlicht: 29.01.17 01:01 Uhr

Ein subversives Projekt: Die EU wurde nicht für Europa erfunden.

Die aktuelle Krise der EU ist keine Demokratie- oder Wirtschaftskrise: Bei der Gründung der EU haben sich die US-Geheimdienste eine viel zu große Rolle gespielt. Deren Methoden haben Europa und die EU geschwächt. Ein Blick auf die Geschichte der Gründung der EU zeigt, warum das Projekt in einer echten Krise so große Probleme hat.



Bundkanzlerin Angela Merkel mit EU-Kommissionspräsident Juncker (Links) und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. (Foto: dpa)

Als der NSA-Abhörskandal im Sommer 2013 für abgeschlossen erklärt worden war, wurden die Dinge heruntergespielt und auf irreführende Schienen gesetzt, wie sich im Frühjahr 2015 herausstellen sollte. Der Unaufrichtigkeit der deutschen Bundesregierung folgte nämlich die Aufdeckung einer verfilzten Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und den amerikanischen Nachrichtendiensten zur intensiven Ausspähung der europäischen und deutschen Industrie. Und das warf Fragen nach der deutschen Souveränität auf und danach, ob nicht die sogenannte „Kanzlerakte“ weiter existiert – so wie schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Mit der bindenden Unterschrift unter ein vorgefertigtes Schreiben an die Botschafter der drei westlichen Sieger- und Besatzungsmächte – USA, Großbritannien und Frankreich – musste jeder Amtsinhaber für das deutsche Kanzleramt das unterschreiben, was Willy Brandt bei Amtsantritt zunächst als „Unterwerfungsbrief“ empört zurückwies. Es war so etwas wie ein schriftlicher „Treueschwur“ gegenüber der US-Regierung. Dass diese Kanzlerakte mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten, in Kraft getreten am 15. März 1991, abgeschafft wurde, ist eher unwahrscheinlich. Denn wie könnten sonst von deutschen Militärbasen unter US-Kontrolle mörderische Aktivitäten wie die Drohneneinsätze in fernen Ländern gesteuert werden? Das hat mit gemeinsamer Verteidigung aber auch gar nichts zu tun. Für die obersten Verfassungsorgane wie dem Bundespräsident, dem Präsident des Deutschen Bundestags, dem Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Bundeskanzlerin wäre es eine staatspolitische Verpflichtung, diese kriminellen Aktivitäten zu unterbinden. Das würde dem Weltfrieden dienen und wird im Grundgesetz, dem bis heute keine echte Verfassung gefolgt ist, ausdrücklich postuliert. Aber niemand schert sich offenbar darum.

Gerade das, was über die Abhörpraktiken zu Lasten der deutschen oder europäischen Industrie durch den eigenen Nachrichtendienst bekannt wurde, ließ nicht nur an einen „Staat im Staate“ denken, sondern auch daran, dass ein fremder Staat deutsche Staatsorgane übernommen hat und mit oder ohne Wissen des Kanzleramts gegen eigene deutsche Staatsbürger einsetzt. Die Krux liegt wohl darin, dass über die Verträge, wie sie anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands reihenweise abgeschlossen worden sind, um das eigentliche Ziel der Wiedervereinigung aus deutscher Sicht nicht zu gefährden, besatzungsrechtliche Bestimmungen dem wiedervereinigten Deutschland aufgebürdet worden sind. Mit der gemeinsamen NATO-Verteidigung haben diese besatzungsrechtlichen Bestimmungen übrigens nichts zu tun. Das hatte für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas äußerst nachteilige Konsequenzen, wird aber von jeder Regierung geduldet. Die USA kommen da, wie es scheint, ihrem Endziel bedrohlich nahe: Der endgültigen Unterwerfung Europas; einer Art Kolonisierung.

Vorbereitungen zur Kolonisierung seit 1944

Die Vorbereitungen dazu hatten schon während des Zweiten Weltkriegs begonnen, als die USA zur Erlangung einer internationalen Dominanz den wesentlichen Rest der Welt 1944 in der Konferenz von Bretton Woods nötigten, den US-Dollar als Weltleitwährung anzuerkennen. Dank ihrer militärischen Stärke aufgrund schier grenzenloser Finanz- und Rüstungskraft hatte die Regierung

in Washington alle Trümpfe in der Hand. Vom 1. bis zum 22. Juli 1944 bearbeitete die amerikanische Delegation in dem Badeort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire Finanzminister und Notenbankgouverneure aus 44 Staaten, um deren Unterschrift unter das Bretton-Woods-Abkommen zu bekommen. Dabei setzte sich das Konzept des US-Beraters Henry Dexter White gegen das des englischen Ökonomen John Maynard Keynes durch. Dies gelang mit der Aussicht auf eine neue Stabilität des internationalen Währungssystems, das durch den Weltkrieg aus den Fugen geraten war. Da sich seit der Weltwirtschaftskrise mehr als 75 Prozent der weltweiten Goldreserven im amerikanischen Besitz angesammelt hatten, konnten die Gastgeber mit der neuerlichen Einführung des Goldstandards für den US-Dollar glaubwürdig Stabilität und einen jederzeitigen Umtausch des Dollar gegen Gold zum Preis von 35 Dollar je Feinunze zusagen.

Fortan war die weltweite monetäre Führungsposition der Vereinigten Staaten einzementiert. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens hatten die USA darauf bestanden, dass die Zentralen der Bretton-Woods-Institutionen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), in der US-Hauptstadt Washington errichtet wurden. Beide dienen u. a. dazu, den Wall-Street-Banken die Tore zu den Entwicklungsländern zu öffnen. Die Bundesrepublik Deutschland unterwarf sich als gedemütigter Kriegsverlierer dem Bretton-Woods-System im Jahr ihrer Gründung 1949; mit Gesetz vom 28. Juli 1952 wurde das Abkommen gleichzeitig mit dem Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ratifiziert.

Europäische Union als amerikanisches Projekt

Die politische Elite der USA verfügte nunmehr über die Macht, das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ mit dem Ziel zu lenken, der „Vielstaaterei des alten Kontinents“ ein Ende zu setzen. Vielstaaterei gilt heute als Codewort, um Kritiker der Brüsseler Allmacht-Bestrebungen zu brandmarken. Mit Ende des Zweiten Weltkriegs begann sofort die Weichenstellung. Das nach despotischer Herrschaft in Europa strebende Hitler-Deutschland war besiegt und besetzt worden. Kriegsverwüstung und Mangelwirtschaft in weiten Teilen des Kontinents öffneten den USA alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die künftige Entwicklung Westeuropas.

Vorgegeben wurde der Weg zum heutigen Europa von den USA im Kontext des Kalten Kriegs. Der kommunistische Umsturz in Prag am 24. Februar 1948 spielte dabei als Schreckgespenst eine wichtige Rolle. Er unterstrich die Glaubwürdigkeit der USA, die Sowjetunion fortan als Gegner zu manifestieren.

Als erstes und hocheffizientes Mittel zur politischen Lenkung in eine bestimmte neue Richtung Europas diente der Marshallplan (ERP-Programm) zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Er wurde vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 vorgeschlagen und postwendend von der UdSSR und ihren Satelliten-Staaten im Juli 1947 auf dem Kongress in Paris – erfolglos – abgelehnt. Weil damals die auf Hochtouren laufende amerikanische Industrie in eine Überproduktionskrise abzurutschen drohte, ging es für die USA schon damals vor allem darum, sich den freien Zutritt zu den ungeschützten Märkten Europas zu sichern. Die

amerikanischen Regierungen strebten zwar seither ein integriertes Europa an, waren aber gleichzeitig darauf bedacht, die amerikanische Führerschaft zu verankern. Auf dieser Absicht basierte 1949 auch die Gründung des militärischen Nordatlantikpakts NATO (North Atlantic Treaty Organization), der nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Hegemonie gewährleisten sollte.

John Foster Dulles, der spätere Außenminister und „Kreuzfahrer des Kalten Kriegs“, hat aus den US-Ambitionen damals keinen Hehl gemacht. In einer Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats im November 1947 hatte er zu Protokoll gegeben: „Von Grund auf schlecht ist der Zerfall Westeuropas in mehrere kleine Wirtschaftseinheiten [...]. Europa hat immer unter der Geißel seiner Staatenvielfalt gelitten.“

Wirtschaftsorganisation OEEC ab 1948

Unverblümt verlangte Washington von den Begünstigten des Marshallplans daher, ein gemeinsames Organ zur Verwaltung der Kredite zu schaffen. So kam es am 16. April 1948 zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsrats (Organisation for European Economic Cooperation – OEEC), einer Art Vorläufer der EWG. Er war das erste westeuropäische Lenkungsinstrument im Interesse der USA als Nachfolger des CEEC (Committee of European Economic Cooperation) und vereinte die am Marshallplan teilnehmenden 16 europäischen Staaten unter der Aufsicht von den Oberbefehlshabern der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone Deutschlands. Er stand zunächst unter der Leitung von Averell Harriman, der nach seiner Zeit als US-Handelsminister von 1946 bis 1948 ab 1950 das ERP-Programm koordinierte.

In dieser ersten Freihandelszone konnten die souveränen Staaten Europas erstmals zusammenarbeiten. Der im Krieg zusammengebrochene Zahlungsverkehr funktionierte ebenso rasch wieder wie der grenzüberschreitende Kapitalverkehr. Handelsschranken fielen. Durch die Tatsache, dass die OEEC zunächst die europäischen Demokratien mit einer Marktwirtschaft unter ihrem Dach versammelte, stellte sie einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur europäischen Einheit dar. Sie blieb jedoch als dezentral strukturierte Organisation ein Organ der Regierungszusammenarbeit, die es nicht bis zur Einrichtung einer Zollunion schaffte. Die OEEC entsprach nämlich noch nicht dem Europakonzept der USA, weshalb sie nach weitgehender Erfüllung ihrer Aufgaben am 30. September 1961 in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) übergeführt wurde, der später noch weitere Staaten beitraten.

Zielführender war hingegen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), oft auch Montanunion genannt. Unter Federführung von Jean Monnet wurde am 18. April 1951 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden der „Vertrag von Paris“ unterzeichnet. Er gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Eine besondere Neuheit war die Gründung einer hohen Behörde, die im Bereich der Montanindustrie, also der Kohle- und Stahlproduktion, gemeinsame Regelungen für alle

Mitgliedstaaten treffen konnte. Die EGKS war damit die erste supranationale Organisation überhaupt und gilt als Vorläufer der EG.

Die Organe der EGKS, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) wurden am 8. April 1965 durch den sogenannten Fusionsvertrag zusammengelegt. Die rechtliche Selbstständigkeit der drei Gemeinschaften blieb hiervon jedoch unberührt.

Coudenhove-Kalergi gab den ersten Anstoss

Damit wurde ein wichtiger Eckpfeiler für ein Europa nach den Vorstellungen der USA einzementiert, für das die US-Geheimdienste ab Ende des Zweiten Weltkriegs letztlich rund 20 Jahre eine subversive Tätigkeit entfaltet hatten. Details über den geheimdienstlichen Feldzug blieben jahrzehntelang geheim. Bis am 19. September 2000 die britische Zeitung The Telegraph ihren Lesern Einblick in die unter Verschluss gehaltenen amerikanischen Regierungsdokumente vermittelte, die in der Bibliothek der Georgetown University in Washington aufbewahrt sind. Obwohl von größter Brisanz, fanden diese Dokumente weder in den USA noch in Europa weitere Beachtung. Die Mainstream-Medien diesseits und jenseits des Atlantiks verweigerten sich – was nicht gerade ein Beweis für deren Unabhängigkeit war. Die Akten weisen jedenfalls in die Richtung, dass die Europabewegung auf dem Alten Kontinent mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, aus der die Europäische Union (EU) hervorging, von der Regierung in Washington und deren Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) über eine eigens gegründete Organisation gelenkt und finanziert wurde.

Am 23. April 1948 hatte im New York University Faculty Club das erste Meeting einer verschworenen und einflussreichen Gruppe stattgefunden, um eine Organisation zur Unterstützung eines „freien und vereinigten Europas“ zu gründen. Es war von dem damals in den USA lebenden und in Japan geborenen Österreicher Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, dem späteren Gründer der Paneuropabewegung, organisiert worden. Als Präsident fungierte James William Fulbright, einer der Autoren der Entschließung des US-Kongresses über die Prinzipien einer europäischen Föderation. Der US-Botschafter in der Sowjetunion 1933 bis 1936, William C. Bullitt, agierte als Vizepräsident der fortlaufenden Konferenzen. Das neu gegründete „Amerikanische Komitee für ein Vereintes Europa „ (American Committee on United Europe – ACUE) stellte ab April 1948 bis tief in die 1960er-Jahre die Weichen in Europa. Es förderte die Blockbildung in Westeuropa mit dem vordergründigen Ziel einer europäischen Integration gegen den kommunistischen Ostblock. Bis tief in die 1960er-Jahre blieb es fest in der Hand von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern, die u. a. im Rahmen des 1948 gegründeten Office of Policy Coordination (OPC) auch für verdeckte Operationen zuständig waren. Zur Finanzierung des OPC wurden jährlich 5 Prozent der Marshallplan-Gelder abgezweigt.

Die Geschäftsführung der ACUE lag zunächst in den Händen des öffentlich als Zivilanwalt auftretenden William Joseph Donovan, der ab 1941 als Geheimdienstkoordinator (COI), der ersten nicht an die Armee gebundenen Geheimdienstorganisation, im Stab von Präsident Franklin D.

Roosevelt fungierte. Von 1942 bis 1945 übernahm Donovan die Leitung des Office of Strategic Services (OSS), des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa mit Sitz in Bern, der Vorläuferorganisation der Central Intelligence Agency (CIA). Im ACUE-Vorstand saßen damals auch der spätere erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith und weitere ehemalige OSS-Agenten, die zum Teil von der CIA übernommen wurden.

Als Stellvertreter von Donovan fungierte der Anwalt und europäische OSS-Repräsentant, Allen Welsh Dulles. Der Bruder des einflussreichen US-Außenministers von 1953 bis 1959, John Foster Dulles, war im Zweiten Weltkrieg OSS-Chef. Er hatte u. a. im Frühjahr 1945 die Kapitulation der deutschen Italien-Armee ausverhandelt. Dulles stand während des Kriegs auch mit deutschen oppositionellen Kreisen in Verbindung.

Leichtes Spiel im hungrigen Europa

In den Ordnern und Mappen der verschiedenen Kisten in der Bibliothek der Georgetown University findet sich neben der gesamten internen Dokumentation des ACUE mit Reden, Aktennotizen, Memos, Sitzungsprotokollen etc. auch der umfangreiche Schriftverkehr mit bekannten Persönlichkeiten.

Aus diesem Personenkreis gingen eindrucksvolle politische Karrieren hervor. Allen Dulles wurde CIA-Chef; Hubert Humphrey saß von 1949 bis 1978 im US-Senat, unterbrochen durch die Berufung zum 38. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten unter Lyndon B. Johnson von 1965 bis 1969.

Einer der schillerndsten ACUE-Verbündeten war Bernard Baruch, der bereits 1910 durch Börsenspekulationen so reich geworden war, dass er schließlich als „König der Wall Street“ galt. Er war der engste Berater von US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921), nahm an der Versailler Friedenskonferenz 1919 teil, kaufte sich demokratische Kongressabgeordnete und pflegte seit den 1920er-Jahren eine freundschaftliche Verbindung mit dem Londoner Politiker Winston Churchill, dem er auch als Verwalter seines Privatvermögens zur Seite stand.

Allen Dulles arrangierte, dass 5 Prozent der Mittel, die in den Marshallplan flossen, über Umwege der CIA für verdeckte Missionen in Europa zur Verfügung standen. Heute würde man das Geldwäsche nennen. Von diesen Geldern wurde beispielsweise das Büro für Politische Koordination der berüchtigten „Operation Mockingbird“ finanziert. Teile der Gelder wurden systematisch dazu verwendet, um Journalisten und Verleger in ganz Europa zu bestechen. Bis heute ist nicht klar, ob die Operation in den 1970er-Jahren tatsächlich eingestellt wurde oder ob die Medienmanipulation der CIA in Europa weiter betrieben wird. Der Schwester der beiden, Eleanor Dulles, wurde ein gut dotierter Job für von Kritikern als „architektonische Verunstaltung“ bezeichnete Leistungen im Zuge des Wiederaufbaus im zerstörten Berlin zugeschanzt.

Allen Dulles mit der Gründung der CIA beauftragt

Nachdem Allen Dulles den Auftrag erhalten hatte, eine mögliche Struktur des in der Entstehung begriffenen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) zu entwerfen, holte er sich Unterstützung bei einer sechsköpfigen Beratergruppe. Alle sechs Personen waren Rechtsanwälte oder Banker der Wall Street, worin sich bereits der von den Finanzmächten ausgehende Einfluss widerspiegelte. Dulles ursprünglichen Ambitionen schon 1949 den Posten des „Director of Central Intelligence“ (DCI) zu übernehmen, wurden durch die Wahl von Harry S. Truman zum US-Präsidenten, der sich gegen Thomas Dewey, den republikanischen Gouverneur von New York, durchsetzte, für den Dulles Reden geschrieben hat, vorläufig zunichte gemacht. Seine Wunschposition erlangte Dulles erst am 10. Februar 1953. Erst am 25. August 1951 griff die Regierung Truman durch Dulles' Ernennung zum stellvertretenden Direktor der CIA auf seine Geheimdiensterefahrungen zurück. Am 10. Februar 1953 übernahm er dann von General Bedell Smith endlich die ersehnte Spitzenfunktion der CIA.

Bei der Entstehung der EWG zogen also von 1953 bis 1961 US-Geheimdienstchefs mit Nachdruck die Fäden. Als Mitglied der Warren-Kommission lenkte Dulles später die umstrittenen Untersuchungen über den Mord an Präsident John F. Kennedy in Richtung des Einzeltäters Lee Harvey Oswald. Dieses nachdrückliche Engagement des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA kam nicht überraschend. Operierte die Agency doch auch in vielen anderen Ländern auf allen Kontinenten in verdeckter Mission abseits der diplomatischen Wege, um Regierungen an die Macht zu bringen oder zu stürzen. Über die CIA flossen auch die finanziellen Unterstützungen nach Europa. Die Amerikaner hatten dabei auf den befriedeten kontinentalen Kriegsschauplätzen Europas leichtes Spiel. Es herrschte Mangelwirtschaft mit Not und Elend. Gut dotierte politische Jobs im Dienste der Kriegsgewinner, die mit amerikanischen Dollar bezahlt wurden, waren heiß begehrt und Unterstützer für die amerikanischen Europapläne daher leicht zu finden. Jeder war schließlich sich selbst der Nächste.

ACUE vor allem von den Rockefellers finanziert

Die Finanzierung der Organisation übernahmen die Rockefeller-Stiftung, die vom amerikanischen Auto-Tycoon Henry Ford und seinem Sohn Edsel 1936 gegründet und mit den Rockefellers eng kooperierende Ford Foundation sowie regierungsnahen Unternehmensgruppen. Die Rockefeller-Stiftung war bei ihrer Gründung 1913 mit der Carnegie-Stiftung die größte in Amerika. Ende der 1950er-Jahre war der ehemalige OSS-Offizier und Geschäftsführer der Ford Foundation, Paul Hoffman, zugleich Leiter des ACUE. Der erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith beeinflusste im Beratergremium die Richtung.

Die Rockefellers übten damals wirtschaftlich und politisch einen enormen Einfluss aus. Nelson A. Rockefeller, der Spitzenpolitiker von Amerikas reichster Familie, glänzte nicht wie sein Bruder David als Weltbankier, sondern brachte es in freien Wahlen von 1959 bis 1973 zum republikanischen Langzeitgouverneur des Bundesstaates New York. Er bemühte sich zwar 1960, 1964 und 1968 um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei, scheiterte aber trotz intensiver

Unterstützung der gesamten Billionärs-Familie bei den demokratischen Wahlgängen. Als „Rocky“, wie er genannt wurde, die Motivation für einen weiteren Anlauf verließ, berieten die anderen vier Rockefeller-Brüder John, Laurance, Winthrop und David noch einmal, wie sie ihren Bruder doch noch ins Weiße Haus bugsieren könnten.

Dann passierten, wie das in der Politik manchmal so ist, einige Zufälle. Zunächst trat Vizepräsident Spiro T. Agnew zurück, nachdem plötzlich Gerüchte aufgetaucht waren, er hätte während seiner Amtszeit als Gouverneur von Maryland Bestechungsgelder angenommen. Als Ersatz berief Präsident Richard Nixon Ende 1973 Gerald Ford zum neuen Vizepräsidenten. Wenige Monate später stolperte der US-Präsident selber über die dubiose Watergate-Affäre und wurde gleichfalls zum Rücktritt gezwungen. Und da schlug endlich die Stunde der Rockefellers. Denn Ford rückte dadurch ins Präsidentenamt auf – als einziger, der weder als Präsidentschafts- noch als Vizepräsidentschaftskandidat durch das Wahlmännerkollegium gewählt wurde. Gleiches gilt für Nelson Rockefeller: Als ihn Gerald Ford zum neuen Vizepräsidenten nominierte und er am 19. Dezember 1974 von beiden Kammern der Legislative als 41. Vizepräsident der Vereinigten Staaten bestätigt wurde, war er nach Ford der zweite und bis heute letzte Vizepräsident, für dessen Ernennung der 25. Verfassungszusatz angewendet wurde. Neben Ford war er somit auch der einzige nicht vom Volk bestimmte Vizepräsident in der Geschichte der USA. Er amtierte bis zum 20. Januar 1977. In dem Land, das sich gerne auf die demokratischen Werte beruft, regierte also ein Präsidentenduo, das gar nicht vom Volk gewählt war. Die USA – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Während Bruder David als Präsident und Repräsentant der größten Aktionäre der damals weltgrößten Bank Chase Manhattan die Geldmacht verkörperte, repräsentierte Nelson Rockefeller nun die politische Macht. Der wenig profilierte Präsident Ford diente den weltweit mächtigsten Brüdern wohl nur als Marionette. Bei dem Senats-Hearing vor Amtsantritt überraschte der Milliardär Rockefeller auf die Frage nach seinem steuerpflichtigen Einkommen des vorangegangenen Jahres mit einem: „Ich hatte keines“. Es war keine Lüge. Denn das von Großvater John D. Rockefeller 1913 inszenierte erste Einkommensteuergesetz der Vereinigten Staaten sieht bis heute die Abzugsfähigkeit von „Schenkungen“ an (auch eigene) wohltätige Stiftungen von der Einkommensteuer vor. Wobei die Wohltätigkeit lediglich darin zu bestehen hat, dass alljährlich einige Prozent (derzeit 5) vom Stiftungsvermögen oder -ertrag einem gemeinnützigen Zweck zugeführt werden müssen. Durch jährliche Einzahlungen an ihre Stiftungen ersparen sich die Reichen und Superreichen in den USA somit ihre Einkommensteuer und können sich gleichzeitig als Philanthropen und „Spender großer Beträge für einen wohltätigen Zweck“ feiern lassen.

Europäische Bewegung von ACUE finanziert

Eine Initiative für die „Europäische Bewegung“ der anderen Art war parallel zur OEEC offiziell im Juli 1947 von Winston Churchill zwischen seinen Amtsperioden als britischer Premierminister (1940–1945 und 1951–1955) und seinem Schwiegersohn Duncan Sandys sowie französischen und britischen Organisationen ausgegangen, die jede für sich die Idee eines Vereinten Europas

verfolgten und sich zu einem Kongress des „Committee for the Coordination of the European Movements“ in Paris trafen. Die Strategie: getrennt marschieren, aber gemeinsam vollenden.

Ab dem ersten ACUE-Treffen begann auch die Unterstützung Washingtons für die „European Conference on Federation“, die erstmals am 7. Mai 1948 unter dem Vorsitz von Churchill in Den Haag stattfand und an der Parlamentsmitglieder der 16 Empfängerländer des Marshallplans teilnahmen. Man arbeitete bereits damals an einem Entwurf für eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa und gründete den Europarat.

Am 26. Juli 1950 wurden in einem ACUE-Memorandum Instruktionen für eine intensive Kampagne zur Errichtung eines Europäischen Parlaments nach Europa geschickt. Unterzeichnet ist das Memorandum vom ACUE-Geschäftsführer und Geheimdienst-Chef William J. Donovan.

Aus den Dokumenten in der Georgetown University geht klar hervor, dass das ACUE als wichtigste Lobbyorganisation für ein zentral regiertes Europa bis in die 1960er-Jahre die „Europäische Bewegung“ benützte und zu mehr als 50 Prozent finanzierte. ACUE war auch Geldgeber für die „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF). Deren „European Youth Campaign“, in der Nachwuchspolitiker in doktriniert wurden, finanzierten und kontrollierten die amerikanischen Geheimdienste überhaupt zur Gänze. Der belgische Direktor, Baron Boel, erhielt monatliche Zahlungen auf ein eigenes Konto.

Währungsunion nur verdeckt vorantreiben

Eine Notiz der europäischen ACUE-Sektion vom 11. Juni 1965 für den Vizepräsidenten der EWG, Robert Marjolin, enthielt die Anweisung, eine Währungsunion nur verdeckt voranzutreiben. Eine Debatte darüber sollte bis zu dem Zeitpunkt zurückgehalten werden, an dem die „Annahme von solchen Vorschlägen praktisch unvermeidlich würde“.

Die Dokumente beweisen jedenfalls eindrucksvoll, wie seitens der USA ein richtungweisender Einfluss auf die öffentlich auftretenden Anführer der „Europäischen Bewegung“ – zu der Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und der aus Polen stammende Józef Hieronim Retinger gehörten – ausgeübt wurde. Der englische Telegraph beschrieb in einem Bericht nach Auswertung der ACUE-Dokumente, dass diese Personen von ihren amerikanischen Förderern wie politische Befehlsempfänger behandelt worden seien, die von den USA eben Geld für ihre Arbeit erhielten. Die amerikanische Rolle wurde dabei als verdeckte Operation gehandhabt – als Geheimdienstmission also.

Józef Retinger übernahm auf europäischer Seite auch die Organisation der Bilderberg-Konferenzen, die seit der Gründung jahrzehntelang vom insgeheim reichsten Mann der USA, dem inzwischen 101 Jahre alten David Rockefeller, Oberhaupt der gleichnamigen Billionärs-Familie, gelenkt wurden. Gastgeber der ersten Konferenz 1954 war Prinz Bernhard der Niederlande in seinem Hotel de Bilderberg in Oosterbeek in den Niederlanden, von dem sich auch der Name ableitet. Er blieb Vorsitzender bis 1976, als das Treffen nach der Aufdeckung seiner Verwicklung in

den Lockheed-Schmiergeldskandal ausgesetzt wurde und er zurücktrat. Die informellen, privaten Treffen von den alljährlich persönlich eingeladenen einflussreichen Personen aus Wirtschaft, Militär, Politik, Medien, Hochschulen und Adel dienten zunächst dazu, die Bindung Westeuropas an die USA zu stärken. Retinger widmete sich mit besonderer Intensität der Organisation dieser Konferenzen und galt dabei als „brillantes Hirn“, das durch die Lande huschte und anderen die Ideen nahebrachte. Er war schon ab Ende des Zweiten Weltkriegs einer der Wortführer einer Europäischen Einigung. Als Retinger einmal an dem Ausmaß der amerikanischen Kontrolle Anstoß nahm und sich bemühte, zur Eigenfinanzierung Geld in Europa zu beschaffen, wurde er von den amerikanischen Auftraggebern harsch zurückgepöffelt.

Freihandelszone nur mit politischer Ausrichtung geduldet

Während der Franzose Jean Monnet, Koordinator für englisch-amerikanische Rüstungskoperationen in beiden Weltkriegen, in typischer Lobbyisten-Manier vorzugsweise im Hintergrund wirkte, präsentierte sich Paul-Henri Spaak aus Belgien schon früh als eine der offiziellen Galionsfiguren des neuen Europas und fungierte von 1949 bis 1951 als Vorsitzender der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Zuvor war er am 10. Januar 1946 in London zum Präsidenten der ersten UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt worden. Zwischen 1950 und 1955 war er Leiter des Internationalen Rates der Europäischen Bewegung, von 1952 bis 1954 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). 1955 wurde er auf der Konferenz von Messina von den europäischen Staats- und Regierungschefs als Vorsitzender eines Ausschusses eingesetzt, der einen Bericht zur Vorbereitung eines gemeinsamen europäischen Marktes erstellen sollte. Dieser sogenannte Spaak-Bericht führte zur Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) am 25. März 1957 in Rom. Diese europäischen Gemeinschaften bildeten gemeinsam mit der EGKS dann die Europäische Gemeinschaft (EG). Erst mit dem Fusionsvertrag (1965) wurden auch die Kommissionen und die Ministerräte zusammengelegt.

Am 16. Mai 1957 war Spaak als Generalsekretär zur NATO gewechselt und übte dieses Amt bis zum 21. April 1961 aus. Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister seines Landes blieb er bis 1966. Auch diese Personalunion weist darauf hin, wie innig die Verknüpfung der US-geführten NATO mit der europäischen Politik schon damals war.

Die Einbindung möglichst vieler Länder in die NATO mit der Begründung der notwendigen Verteidigung gegen die Sowjetunion spielte eine wesentliche Rolle beim Vorantreiben des Einigungsprozesses. Signifikant für das Hegemonialstreben hat die NATO ihr Hauptquartier 1966 in Brüssel aufgeschlagen, wo 1959 zuerst der provisorische und 1965 der definitive Sitz der EU-Kommission etabliert worden war. Innige persönliche Kontakte zwischen beiden Organisationen sind damit gesichert. Bestätigt wurde das ausgeklügelte Zusammenspiel der EU-Kommission mit der NATO eindrucksvoll, als noch vor der am 13. Dezember 2002 in Kopenhagen besiegelten EU-Osterweiterung die Staats- und Regierungschefs der 19 NATO-Staaten am 21. November in Prag die Aufnahme von sieben weiteren Ländern des früheren Warschauer Pakts beschlossen. Nach

Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik, die 1999 aufgenommen worden waren, erhöhte sich nun mit Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei und Slowenien die Zahl der NATO-Mitgliedsländer von 19 auf 26.

Als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die NATO als Verteidigungsbündnis eigentlich überflüssig wurde, verwandelte sie sich in ein Kriegsbündnis. Im Irak ließen sich Briten, Franzosen und Polen willig in die Schlacht führen. Und deutsche Soldaten verteidigten Europa plötzlich am Hindukusch im tiefsten Afghanistan. Seit sich dieses Bündnis im Mittleren Osten eine blutige Nase geholt und wie in Nordafrika nur verbrannte Erde hinterlassen hat, wird das wieder auferstandene Russland als neuer Feind markiert. Er ist stark genug, um eine militärische Aufrüstung der NATO-Länder begründen zu können.

Eine solche Erweiterung war als Verteidigungsbündnis gegen eine nicht mehr existierende Gefahr der UdSSR nicht wirklich plausibel und erklärt sich nur mit dem Bestreben einer verstärkten Kontrolle Washingtons über den Alten Kontinent und einer geopolitischen Einkreisungsstrategie gegenüber Russland. Für diese Großmachtpolitik war eine bindende Seilschaft mit Europa unerlässlich.

Ein einträglicher Coup war die NATO-Erweiterung für die US-Rüstungsindustrie, der sich im Namen der „Interoperabilität“ zwischen den Streitkräften der NATO-Mitgliedsländer neue Märkte öffneten. Mit der gewollten Instabilität im Zuge der Ukraine-Krise folgte daher umgehend der Aufruf der NATO zur intensiven Aufrüstung der europäischen Verbündeten, vor allem natürlich mit US-amerikanischen Rüstungsgütern. Der mächtige militärisch-industrielle Komplex der USA, vor dessen Einfluss schon Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede als US-Präsident am 17. Januar 1961 gewarnt hatte, verlangt nämlich periodisch nach Rüstungsaufträgen in einem Volumen von Hunderten Milliarden US-Dollar. Die nächsten Kriege unter Anleitung der USA sind somit gewiss.

Die Europäische Union ist längst nicht so harmonisch gewachsen, wie wir es gerne glauben würden, sondern unter maßgeblichem Einfluss Washingtons vorbereitet und konstruiert worden. Auch der Euro ist eher politische Zwangswährung im Zuge des Einigungsprozesses, der den Euroraum in die Schuldenfalle geführt hat. Und wer die Staatsschulden kontrolliert, kontrolliert Europa. Dahinter steht ein Banken-Syndikat als Teil jener Finanzkonglomerate, die mit mehr als 75 Billionen Dollar mehrheitlich die Weltwirtschaft kontrollieren.



Das neue Buch von Dr. Wolfgang Freisleben: „Das Amerika Syndikat – Wie die souveränen Staaten Europas zur Kolonie der USA verkommen“. FinanzBuch Verlag München, 240 Seiten, 17,99€.